

## Verschwendene Profite



In Deutschland sind zwar die Spitzensteuersätze auf Gewinne höher als in den USA und anderswo, dafür aber gibt es ein auf der ganzen Welt einzigartiges System, Gewinne vor der Steuer zu verstecken.

Die Unternehmen kündigen offen an, gar keine Steuern mehr zahlen zu wollen. Daimler-Chef Schrempp gegenüber Abgeordneten des Haushaltsausschusses des Bundestags: "Von uns kriegt ihr nichts mehr."

40% der in Deutschland ansässigen multinationalen Konzerne zahlen schon keine Steuern mehr, weil sie ihre Gewinne ins Ausland verschoben haben und rote Zahlen schreiben.

Viele Großverdiener zahlen ebenfalls nur noch geringe Steuern oder überhaupt keine mehr, weil sie ihr Einkommen mit steuersparender Vermögensbildung gegen Null herunterrechnen.

Gleichzeitig nutzen sie alle die vom Staat bezahlte Infrastruktur und bekommen mehr Subventionen, als sie überhaupt noch an Steuern zahlen. Sie sind es, die die Staatskassen plündern.

Sie sind Kapitalschmarotzer.

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Einige Begriffe

## 1 Gewinne und Steuern

Gewinne

Kapitalüberschuß - nicht Kapitalmangel

Geldvermögen der Produktionsunternehmen

Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften

Kapital - faktisch steuerfrei

Gewinnsteuersenkungen und Lohnsteuererhöhungen

..... und Staatsverschuldung

Gewerbesteuersenkungen

Private Aktienkursgewinne - steuerfrei

Handel mit Aktien - mehrwertsteuerfrei

Devisenhandel - mehrwertsteuerfrei

Wertsteigerung aus privaten Immobilienverkäufen - weitgehend steuerfrei

Profitraten

Steuerflucht 1

Steuerflucht 2

Steuerflucht 3

Verrechnungspreise

Schwarzgeldgeschäfte

Betriebsprüfungen

## 2 Abschreibungen

Abschreibungen

Degressive Abschreibung

Abschreibungszeiträume

Sonderabschreibungen

Überkapazitäten durch Abschreibungen

Wertberichtigungen auf Auslandsforderungen der Banken

Wertberichtigungen auf Forderungen der Unternehmen

## 3 Rückstellungen

Rückstellungen

Risikorückstellungen

Pensionsrückstellungen

Rückstellungen der Stromkonzerne

Sonderposten mit Rücklagenanteil

## 4 Andere Möglichkeiten

Betriebsausgaben für private Lebensführung

Schuldzinsen

Verlustvorträge, Verlustrückträge

## Verluste aus Vermietung und Verpachtung

### **5 Investitionen**

#### Investitionen

#### Investitionen und Abschreibungen

#### Investitionen und Arbeitsplätze

#### Investitionen - Konsum

### **Einleitung**

In Deutschland sind zwar die Spitzensteuersätze auf Gewinne höher als in den USA und anderswo, dafür aber gibt es ein auf der ganzen Welt einzigartiges System, Gewinne vor der Steuer zu verstecken.

\* Dreh- und Angelpunkt für jede „unternehmerische Tätigkeit“ ist der Gewinn - und zwar der Nettogewinn nach Steuern. Der Gewinn entspricht dem Unterschied zwischen den Erträgen des Unternehmens und seinem Aufwand. Je höher der Gewinn, desto höher die drohenden Gewinnsteuern. Das Ziel der Unternehmen besteht also nicht nur darin, satte Gewinne zu machen, sondern auch darin, möglichst keine Steuern darauf zu zahlen. Im Unterschied zu Löhnen und Gehältern werden Gewinne nicht an der Quelle besteuert. Unternehmen und Freiberufler geben nur die Gewinne dem Finanzamt an, die sie nicht auf legale oder illegale Art in Sicherheit bringen konnten. 1996, im letzten Jahr, für das eine Steuerstatistik vorliegt, wurden nur 55% der Bruttoeinkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen versteuert. (1) Alle Methoden, Gewinne zu manipulieren, laufen darauf hinaus, den steuerlich anzuerkennenden Aufwand zu erhöhen, ohne daß dem echte wirtschaftliche Belastungen entsprechen. Wir haben in dieser Broschüre so beliebte Methoden wie Rückstellungen, Abschreibungen, Verrechnungspreise usw. dargestellt.

\* Die Unternehmen kündigen offen an, gar keine Steuern mehr zahlen zu wollen. Daimler-Chef Schrempp gegenüber Abgeordneten des Haushaltsausschusses des Bundestags: „Von uns kriegt ihr nichts mehr.“ (2) 40% der in Deutschland ansässigen multinationalen Konzerne zahlen schon keine Steuern mehr, weil sie ihre Gewinne ins Ausland verschoben haben und rote Zahlen schreiben. (3) Viele Großverdiener zahlen ebenfalls nur noch geringe Steuern oder überhaupt keine mehr, weil sie ihr Einkommen mit steuersparender Vermögensbildung gegen Null herunterrechnen. (4) Gleichzeitig nutzen sie alle die vom Staat bezahlte Infrastruktur und bekommen mehr Subventionen, als sie überhaupt noch an Steuern zahlen. Sie sind es, die die Staatskassen plündern. Sie sind Kapitalschmarotzer.

\* Die wichtigste Grundlage der Staatsfinanzen sind Steuern. Sie machen 75% der Einnahmen aus. Es werden im wesentlichen Gewinne, Löhne und Konsum besteuert. Wenn es weniger Gewinnsteuern gibt, gibt es auch weniger Geld für die soziale Infrastruktur, für das Bildungs- und Gesundheitswesen, für die Sozialversicherung, für Kultur usw., für Ausgaben also, die der breiten Masse zu gute kommen. Mit der Auflösung versteckter

Gewinne würden die Gewinnsteuern zunehmen, so daß die Verteilungsmasse des Staates wachsen würde. Versteckte Gewinne aufzusparen und möglichst aufzulösen, liegt auch im Interesse der beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Die zur Verteilung stehende Gewinnmasse würde größer. Wenn versteckte Gewinne aufgelöst werden, könnte dem fallenden Lebensstandard entgegengewirkt werden.

\* Die Steuerreform ist eine neue Offensive für Gewinnsteuersenkungen. Sie will die Spitzensteuersätze auf amerikanisches Niveau herunterfahren, die Möglichkeiten legaler Gewinnsteuerhinterziehung jedoch nicht ernsthaft antasten. So versucht man, die Interessen der Kapitalanleger an höheren Ausschüttungen und der Banken und Konzerne an hohen steuerfreien Gewinnpolstern zu kombinieren.

„Die Sicherung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist die zentrale Herausforderung für Politik und Gesellschaft. ... Einhergehen muß die Umsetzung dieses Ziels auch mit einer Entlastung der Wirtschaft. Dabei ist die Wirtschaft bereit, die Steuersatzsenkungen durch eine systemkonforme Verbreitung der Bemessungsgrundlage mitzufinanzieren. Keinesfalls darf der Gesetzgeber diese Gegenfinanzierungselemente realisieren, die neue Tarifstruktur nicht oder nur halbherzig umsetzen.“ (5)

Gewinnsteuersenkungen haben jedoch keinerlei Auswirkung auf Investitionen und Arbeitsplätze. Sie sind Subventionen für den internationalen Konkurrenzkampf um Profitraten und sollen ihrem Verfall entgegenwirken. Sie sind Subventionen für Finanzanlagen.

Gewinnsteuersenkungen werden u.a. mit Sozialabbau, Bildungsabbau und dem Abriß öffentlicher Dienstleistungen bezahlt. Sie werden auch mit der verfassungswidrigen Besteuerung des Existenzminimums und höheren Mehrwertsteuern bezahlt, insgesamt also mit einer Senkung unseres Lebensstandards.

Wir sind nicht bereit Opfer zu bringen, damit einige wenige ihre Profitraten um 1, 2, 3% steigern können. Gewinne sind gesellschaftlich erarbeitet worden. Die, die sie erwirtschaftet haben, sollen auch davon profitieren. Aus diesem Grund sind wir **für** die weitgehende Auflösung der stillen Reserven der Unternehmen und gleichzeitig **gegen** die Senkung der Spitzensteuersätze.

Kein Verzicht für die Erhöhung von Profitraten! Keine Senkung der Spitzensteuersätze! Energische Maßnahmen gegen legale und illegale Steuerhinterziehung durch Banken und Konzerne!

Frankfurt, den 4.12.1997

## Quellen:

1. Claus Schäfer, Die Spirale der sozialen Polarisierung, Frankfurter Rundschau 28.11.1996
2. nach Hans-Peter Martin, Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Reinbek 1996, S. 276
3. nach Spiegel 33/ 1997, S. 22
4. nach Spiegel 46/ 1997, S. 38
5. Alle acht Spitzenverbände der Arbeitgeber in der Öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses zum Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1998 - Drucksache 13/7480 - vom 9. Mai 1997, S. 56

## Einige Begriffe

**Abschreibungen** sollen den Wertverlust von Maschinen, Anlagen, Gebäuden usw. ausdrücken. Sie vermindern den zu versteuernden Gewinn.

**Bruttoinvestitionen** sind Investitionen ohne Berücksichtigung der Abschreibungen

veranlagte **Einkommensteuer** wird z.B. von Einzelunternehmern und Gesellschaftern von Personengesellschaften (OHG, KG) erhoben, die ihr zu versteuerndes Einkommen selbst erklären.

**Geldvermögen** der Produktionsunternehmen besteht aus Finanzanlagen in Aktien, Wertpapieren usw. und dem cash flow, also den flüssigen Mitteln.

**Gewerbesteuer** ist eine Gewinnsteuer, die zu 85% den Kommunen zufließt und v.a. von Großbetrieben gezahlt wird.

**Gewinnsteuern** nennen wir Körperschafts-, Gewerbe- und veranlagte Einkommenssteuer

**Kapitalgesellschaften** sind z.B. Aktiengesellschaften oder GmbH's.

**Körperschaftsteuer** wird von Kapitalgesellschaften gezahlt

**Nettoinvestitionen** sind Investitionen nach Abzug der Abschreibungen

**Produktionsunternehmen** sind für den Sachverständigenrat alle Privatunternehmen mit Ausnahme der Unternehmen der Wohnungswirtschaft

**Sachanlagevermögen** ist das in Produktionsmitteln und Gebäuden investierte Kapital. Das neugebildete Sachanlagevermögen besteht aus der Summe der Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen, aus der Summe also der Nettoinvestitionen.

**Wertberichtigungen** werden vorgenommen, wenn Forderungen gegenüber Geschäftskunden in Zukunft „wahrscheinlich“ nicht mehr in voller Höhe eingetrieben werden können. Die Forderung muß auf ihren wahrscheinlichen Wert abgeschrieben werden.

# 1 Gewinne und Steuern

Die offiziell ausgewiesenen Gewinne der Unternehmen verbergen sich in den ->„Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“.

Sie sind verzerrt, weil sie nur die ausgewiesenen, nicht aber die tatsächlichen Gewinne enthalten, andererseits aber auch die Einkommen von Selbständigen und Scheinselbständigen und die Zinseinkünfte und andere Vermögenseinkünfte von Lohnabhängigen.

1980 betragen sie 275,7 Mrd. DM brutto

1997 betragen sie 826,7 Mrd. DM brutto

Die Steuern darauf beliefen sich

1980 auf 22,1 % oder 61 Mrd. DM und

1997 auf 8,2 % oder 68 Mrd. DM (1)

Das Bruttoeinkommen abzüglich der Steuern ergibt das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

## Quellen:

1. für 1980: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Statistisches Taschenbuch 1997 Tab. 1.10; für 1997: DIW-Wochenbericht 44/1997, S. 872

## Kapitalüberschuß, nicht Kapitalmangel

Von 1980 bis 1996 bildeten die >Produktionsunternehmen netto

1.696 Mrd. DM an >**Geldvermögen** neu, aber nur

1.112 Mrd. DM an >**Sachanlagevermögen**. (1)

Bis 1980 war die Geldvermögensbildung der Produktionsunternehmen in Deutschland noch erheblich geringer als die Sachvermögensbildung. In der Krise 1980-82 kippte das um.

Das Geldvermögen der Produktionsunternehmen besteht zu zwei Dritteln aus Finanzanlagen in Aktien, Wertpapieren usw. und zu einem Drittel im cash flow, also den flüssigen Mitteln. (2)

Dieser in Geldvermögensanlagen fließende Profit ist der Kapitalüberschuß.

Der Kapitalüberschuß entsteht in der Produktion.

Steuerprivilegien fördern ihn nur, erzeugen ihn aber nicht.

Das Kapital ist überwiegend zu „faul“, um in der Produktion zu arbeiten.

### Quellen:

1. für 1980 bis 1994: Sachverständigenrat der Bundesregierung, Jahresgutachten 1995/6, S. 410 f.; für 1995 und 1996: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1997, S. 34 und 36
2. WSI-Mitteilungen 10/1995, S. 608

## Geldvermögen der Produktionsunternehmen

Das **gesamte >Geldvermögen** der >Produktionsunternehmen betrug 1996 2.639 Mrd. DM. (1)

950 Mrd. DM besteht im sogenannten **cash flow**, dem Umfang der de flüssigen Mittel, die in Bargeld, Sichteinlagen, Termingeldern, aber auch Geldanlagen in Geldmarktpapieren und bei Versicherungen stecken. Weitere 950 Mrd. DM dienen Anlagezwecken (vor allem Aktien und Investmentzertifikaten - 834 Mrd. DM und Staatspapieren - 115 Mrd. DM). 736 Mrd. DM bestehen aus sonstigen Forderungen.

Das **Geldvermögen von 60.000 Kapitalgesellschaften** ist 1995 mehr als doppelt so hoch wie ihr Sachanlagevermögen. (2)

### Quellen:

1. Monatsberichte Deutsche Bundesbank, Mai 1997, S. 40
2. Monatsberichte Deutsche Bundesbank, November 1996, S.44

## **Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften - geringer als von Facharbeitern**

### **Steuerbelastung der >Kapitalgesellschaften (West)**

1980 33,5%

1995 12,7% (1)

### **Gewinnsteuern im Verhältnis zu den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit**

1980 41,2%

1996 12,7% (2)

### **Steuerbelastung von Facharbeitern**

Der reale Steuersatz eines Arbeiters mit einem zu versteuernden Bruttoeinkommen von 3.350 DM im Monat beträgt dagegen 19,77%. (3)

Mini-Jobs von 610 DM müssen mit 20% pauschaler Lohnsteuer vom Unternehmen versteuert werden.

Die Lohnsteuerbelastung eines durchschnittlichen Lohnabhängigen stieg von 15,8% im Jahre 1980 auf 17,9% im Jahre 1996. (4)

### **Quellen:**

1. Der Steuer-Skandal isw - wirtschafts- und grafikdienst, München Juni 1996 Nr. 3, S. 9
2. Zahlen 1996, Institut der deutschen Wirtschaft Tab. 32 und isw, wirtschafts- und grafikdienst Nr. 3 vom Juni 1996, S. 3
3. DIW-Monatsberichte, 35/1996, S. 590
4. Statistisches Taschenbuch Tab. 1.13 und 1.15

## **Kapital - faktisch steuerfrei**

Nach Angaben des DIW führten die Unternehmen 1994 in Deutschland

91 Mrd. DM an Gewinnsteuern ab und erhielten

132 Mrd. DM an „Transfers zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten“, sprich direkten Profitsubventionen in Form Investitionszuschüssen usw. (1)

Die Unternehmen bekommen mehr an Subventionen vom Staat als sie Gewinnsteuern an den Staat zahlen.

### **Quelle:**

1. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 36/1996, S. 605

## Gewinnsteuersenkungen - Lohnsteuererhöhungen

1980 betrug der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen 23,6%.  
1996 war er auf 11,1 % gefallen. (1)

Gewinnsteuern setzen sich zusammen aus >Körperschaftsteuer, >Gewerbsteuer und >veranlagter Einkommenssteuer. (2)

Die Gewinnsteuersenkungen sind „Sozialhilfe“ für gesunkene >Profitraten.

Der Anteil der **Lohnsteuern** am gesamten Steueraufkommen dagegen ist von 30,5% im Jahre 1980 auf 31,1 % im Jahre 1996 gestiegen.

1980 betrug die Gewinnsteuern 86,1 Mrd. DM.  
1996 betragen die Gewinnsteuern 91 Mrd. DM (+ 5,7%).

1980 betrug die Lohnsteuern 111,6 Mrd. DM.  
1996 betragen die Lohnsteuern 249 Mrd. DM (+ 123,1%) (3)

### Quellen:

1. Der Steuer-Skandal, isw-wirtschafts- und grafikdienst, München Juni 1996 Nr. 3, S. 3 und Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/97, S. 54\*, 55\*
2. Die veranlagte Einkommenssteuer ist überwiegend eine Gewinnsteuer. Sie enthält aber seit 1993 auch die Rückerstattungen der Finanzämter an veranlagte Arbeitnehmer.
3. siehe (1)

## **Gewinnsteuersenkungen**

Die Neuverschuldung des Staates (Bund, Länder und Gemeinden) betrug 1996 139 Mrd. DM.

Würden die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit noch so besteuert wie 1980, nämlich mit 41,2% statt mit 12,7%, dann wären 166 Mrd. DM mehr in den Staatskassen. Hätten die Gewinnsteuern 1996 noch denselben Anteil am Gesamteueraufkommen wie 1980, nämlich 23,6% und nicht mehr nur 11,1 %, wären 103 Mrd. DM mehr in die Kassen, geflossen.

Damit wären drei Viertel der Haushaltsdefizite gedeckt gewesen.

**Die Senkung der Gewinnsteuern ist die Hauptursache der Staatsverschuldung.**

### **Quellen:**

- Statistisches Taschenbuch 1997, Tab. 1.27;
- Der Steuer-Skandal, isw-wirtschafts- und grafikdienst Juni 1996 Nr. 3, S. 3;
- Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/97, S. 54\*, 55\*.

## **Gewerbesteuersenkungen**

1980 hatte die Gewerbesteuer einen Anteil von 7,7% am gesamten Steueraufkommen. 1996 war der Anteil der Gewerbesteuer auf 5,6% gefallen. (1,2)

Wäre der Anteil 1996 gleich gewesen wie 1980, wären (abzüglich der Gewerbesteuerumlage, die dem Bund zufließt) rd. 8,65 Mrd. DM mehr in die kommunalen Kassen geflossen.

Die kommunalen Haushalte hätten 1,5 Mrd. DM Überschüsse erwirtschaftet, da die kommunale Neuverschuldung 1996 nur 7,2 Mrd. DM betrug.

„Hätte die Gewerbesteuer mit den Gewinnen oder wenigstens mit der Inflation mitgehalten, wäre der Frankfurter Haushalt heute ausgeglichen''. (3)

**Die Gewerbesteuersenkungen sind die Hauptursache der Krise der kommunalen Finanzen.**

### **Quellen:**

1. Der Steuer-Skandal, isw-wirtschafts- und grafikdienst Juni 1996 Nr. 3; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1997, S. 54\* ff.
2. siehe (1)
3. Stadt Frankfurt, Dezernat Finanzen, stichwort haushalt, Frankfurt 1996, S. 6

## Private Aktienkursgewinne - steuerfrei

### Kursgewinne

*„Die Erträge aus Dividendenzahlungen reichten allein nicht aus, um eine höhere Rendite als beim Erwerb festverzinslicher Wertpapiere zu erzielen; ohne die Perspektive kräftiger Kurszuwächse sprach für viele Anleger damit offenbar wenig für den Kauf von Aktien'". (1)*

Damit sich private Aktionäre richtig schön bereichern können, werden Kursgewinne aus Aktienverkäufen steuerfrei gestellt, wenn sie später als ein halbes Jahr nach dem Aktienkauf realisiert werden.

Mit der faktischen Nichtbesteuerung von Kursgewinnen werden Aktienkäufe staatlich subventioniert.

Von 1980 bis 1995 stiegen die Aktienkurse um etwa 360%.

Der Wert des Aktienbestandes in Deutschland betrug Ende 1995 1.682 Mrd. DM. (2)

Hunderte von Milliarden an Kursgewinnen werden steuerfrei eingestrichen.

Dasselbe trifft auf Anteilscheine an Investmentfonds zu.

1990 flossen 25,8 Mrd. DM und 1996 schon 84,3 Mrd. DM in solche Fonds. (3) Kursgewinne aus der Veräußerung von Anteilsscheinen nach einem halben Jahr sind bisher steuerfrei.

Mit zahlreichen Methoden werden Zinsgewinne als Kursgewinne umgefälscht.

### Forderungen:

Volle Besteuerung von privaten Aktienkursgewinnen sowie Veräußerungsgewinnen aus Investmentfondsanteilen ohne Frist in Form einer Quellensteuer!

Mitteilungspflicht der Banken!

### Quellen:

1. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1 1997, S. 36
2. Monatsberichte DB, Januar 1997, S. 33
3. Monatsberichte DB, Juli 1997, S. 51 \*

## Handel mit Aktien - mehrwertsteuerfrei

### Mehrwertsteuer auf Handel mit Aktien

Auf Aktienkäufe wird keine Mehrwertsteuer erhoben.

Auf „Güter des täglichen Bedarfs“ wie Brot, Milch, Gemüse und Fleisch werden dagegen 7% Mehrwertsteuer erhoben.

Die Aktie als „Gut des täglichen Kapitalbedarfs“ ist wichtiger als Brot und wird nicht besteuert.

Am 1.1.1991 ist die Börsenumsatzsteuer, eine ermäßigte Mehrwertsteuer für Aktienkäufe, abgeschafft worden, die zwischen 1 und 2,5% des vereinbarten Preises betragen hat. 1990 brachte sie bei Aktienkäufen von 50 Mrd. DM noch 826 Mio. DM ein (im Durchschnitt 1,64%). 1996 betrug der Aktienverkauf 68,6 Mrd. DM. (1)

### Forderung:

Einführung der vollen Mehrwertsteuer (15%) für Aktienkauf  
Steuernehreinnahmen 1996: 10,3 Mrd. DM

Stattdessen wollen die Bundestagsparteien Mehrwertsteuern für Erdgas, Strom usw. neu einführen und die allgemeine Mehrwertsteuer sowie die Mehrwertsteuer für Mineralöl anheben. Die Mehrwertsteuer wird bei Benzin auch auf die Mineralölsteuer erhoben (Doppelbesteuerung!).

### Quelle:

1. Monatsberichte Deutsche Bundesbank, Juli 1997, S. 48\*

## Devisenhandel - mehrwertsteuerfrei

Der Handel mit Devisen ist ebenfalls nicht mit Mehrwertsteuer belegt. Der tägliche Spekulationsbedarf der Devisenmakler ist wichtiger als das tägliche Brot.

Die Tagesumsätze an den Devisenmärkten der Welt belaufen sich auf 1.500 Mrd. Dollar.

Wenn nur 10% dieser Geschäfte mit einer Steuer von nur 1 % belegt werden könnten, würden weltweit 700 Mrd. Dollar Devisen steuern eingenommen. (1)

### Forderung:

Spekulativen Devisenhandel mit dem normalen Mehrwertsteuersatz besteuern!

### Quelle:

1. Fred Schmid, Cash-Crash Casino-Kapitalismus, isw report Nr. 26, Januar 1996, S.24

## Wertsteigerungen aus Immobilienverkäufen - weitgehend steuerfrei

*„Die leistungslosen Gewinne, die das seit über 40 Jahren ... unverändert geltende Bodenrecht der kleinen Schicht von Grundeigentümern beschert hat, liegen insgesamt in einer Größenordnung von mehreren 100 Milliarden Mark - ein Betrag, mit dem sich 5 Mio. Sozialwohnungen hätten finanzieren lassen.“ (1)*

Wertsteigerungsgewinne aus **Immobilienverkäufen** sind z.Zt. nach zwei Jahren steuerfrei, bei gewerblichen Verkäufern nach zehn Jahren. Dies ermöglicht Renditen aus privaten Immobilienanlagen.

### **Forderung:**

Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilienvermögen (mit Ausnahme des selbstgenutzten Wohneigentums) ohne Fristen.

Wenn (mit Ausnahme selbstgenutzten Wohneigentums) die Frist von zwei auf zehn Jahre erhöht würde, fallen Steuermehreinnahmen von 1,2 Mrd. DM an. (2)

Wenn Aktienkursgewinne und Immobilienwertsteigerungen genauso besteuert würden wie Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmen usw., würden 3,85 Mrd. DM in die Kasse fließen. (3)

### **Quellen:**

1. Christian Ude (Hg.), *Wege aus der Wohnungsnot*, München 1990, S. 171
2. Reform der Einkommensbesteuerung - Vorschläge der Steuerreformkommission vom 22.1.1997, *Sozialpolitische Umschau* 4/97, S. 40
3. Für eine soziale und gerechte Einkommenssteuer, *Beschluß der PDS Bundestagsgruppe vom 22.4.1997*, S. 9

## Profitraten

Entscheidend ist nicht die absolute Höhe der Gewinne, sondern ihr Verhältnis zum insgesamt eingesetzten Kapital. Entscheidend ist die Rendite oder die »Profitrate.

Zum verausgabten Kapital gehört das in Produktionsmitteln (Sachanlagen) und das in Arbeitskräfte investierte Kapital.

Wenn das »Bruttoanlagevermögen und die Bruttoeinkommen von Lohnabhängigen sowie die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf die Arbeitsplätze umgerechnet werden, ergibt sich folgendes Bild:

### Kapital pro Arbeitsplatz (Gesamtwirtschaft)

|      | in<br>Produktions-<br>Mitteln (1) | Arbeitskräften<br>(2)<br>(vor Steuern) | Gewinn (3)<br>(vor Steuern) | Gewinn (4)<br>(nach<br>Steuern) | Profitrate<br>in % |
|------|-----------------------------------|--|-----------------------------|---------------------------------|--------------------|
|      | A                                 | B                                      | C                           | D                               | C(D):A+B           |
| 1970 | 51.500                            | 16.211                                 | 6.381                       | 5.168                           | 9,4 (7,7)          |
| 1980 | 126.800                           | 36.150                                 | 10.219                      | 7.958                           | 6,3 (4,9)          |
| 1990 | 205.200                           | 51.732                                 | 20.186                      | 17.346                          | 7,9 (6,8)          |
| 1994 | 258.000                           | 58.000                                 | 19.407                      | 16.864                          | 6,1 (5,3)          |

Die Profitraten sind langfristig gesunken. Die Gewinnsteuersenkungen mildern den langfristigen Fall der Bruttoprofitraten ab. Ursache für den Druck auf die Profitraten sind die Investitionen, ist der beschleunigte technische Fortschritt und die Konkurrenz, die zu Investitionen zwingt.

Mit den Gewinnsteuersenkungen werden die Profitraten subventioniert. Sie sind „Sozialhilfe“ für zu niedrige Renditen.

### Quellen:

1. IdW Zahlen 1997, Tab. 30 und Tab. 12
2. Statistisches Taschenbuch, Tab. 1.12
3. IdW Zahlen 1996, Tab. 32 und 14;
4. Statistisches Taschenbuch 1997, Tab.1.10 und IdW Zahlen 1996, Tab. 14

## Steuerflucht 1

Das gesamte deutsche Kapital in Steueroasen wird auf 1.000 Mrd. DM geschätzt. Nach Angaben der Bundesbank liegen allein in Luxemburg 500 Mrd. DM. (1)

Der Steuerausfall aus illegaler Kapitalflucht wird für Deutschland auf 50 Mrd. DM geschätzt.

*„Werden alle Fluchtorte zusammengerechnet (nicht nur Luxemburg, d. V.) erreicht der Steuerausfall vorsichtig geschätzt an die 50 Mrd. DM pro Jahr, annähernd soviel wie die jährliche Neuverschuldung des Bundes.“* (2)

### Quellen:

1. Dorothee Beck, Hartmut Meine, Wasserprediger und Weintrinker, Göttingen 1997, S. 187
2. Hans Peter Martin, Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Reinbek 1996, S. 94

## Steuerflucht 2

Innerhalb und außerhalb Europas wird Kapital in einem Steuerdumpingwettbewerb durch niedrigere Steuersätze angelockt. Das fördert die Kapitalflucht und „ruiniert die Staatsfinanzen“, so der Präsident des Europarlaments, Klaus Hänsch. (1)

*„International operierende Konzerne lassen mehr denn je ihre Gewinne dort anfallen, wo sie am wenigsten geschröpft werden - im Ausland. Verluste werden dagegen im Inland geltend gemacht“* (2)

### Beispiel:

Siemens hat 1995 trotz 2,6 Mrd. DM Gewinn in Deutschland nichts versteuert. *„Siemens hat seine Gewinne im Ausland versteuert, vorzugsweise in Irland, Holland oder Belgien. ... Die versteuerten Nettogewinne können ohne Probleme nach Hause zurücküberwiesen werden“*. (3) Ausländische Unternehmen zahlen z.B. in Irland nur 10% Körperschaftssteuer und 10% auf Gewinne aus Finanzgeschäften.

### Steuerausfall durch Steuerdumping:

25 Mrd. DM (4)

Die Bundesregierung erkennt die im Ausland niedrigeren Steuersätze an. Die >Doppelbesteuerungsabkommen regeln, daß das geflüchtete Kapital nur im Fluchtland besteuert wird, nicht doppelt, also nicht zusätzlich noch (mit der Differenz) in Deutschland. Das ermutigt zur Kapitalflucht.

**Forderung:**

Aufhebung der Doppelbesteuerungsabkommen!

**Quellen:**

1. Frankfurter Rundschau 25.10.1996
2. Capital 5/94
3. Die Woche 9.9.1996, S. 17
4. Spiegel 33/ 1997, S. 23

**Steuerflucht 3**

Die Hälfte der Auslandsinvestitionen in Deutschland oder 113 Mrd. DM besteht inzwischen aus konzerninternen Krediten.

Häufig werden 100% des Gewinns eines Auslandskonzerns an die ausländische Muttergesellschaft ausgeschüttet. Das notwendige Eigenkapital wird dann über konzerninterne Kredite beschafft.

Ähnlich treiben es deutsche Konzerne, die z.B. in Belgien „Coordination Center“ gründen, Auslandstöchter also, die das exportierte Kapital ihren deutschen Müttern zu hohen Zinsen leihen. (1)

Die Zinsen für all diese Kredite können steuerfrei als sogenannte Fremdkapitalkosten aus Deutschland abfließen. Im Ausland werden sie geringer versteuert als in Deutschland.

**Steuerausfall: 8-10 Mrd. DM (geschätzt).**

**Forderung:**

Verbot von Scheinkrediten zum Zweck der Steuerflucht.

*„Per Federstrich könnte der Fiskus der Praxis dieser steuermindernden Scheinkredite beikommen“.* (2)

**Quellen:**

1. Spiegel 33/ 1997, S. 24
2. Stefan Welzk, Wie in der Deutschland umverteilt und der Wohlstand ruiniert wird, in Schui/Spoo, Geld ist genug da, Heilbronn 1996, S. 32

## Verrechnungspreise

„Die Fälle von Gewinnverlagerungen insbesondere in sogenannte „Niedrigsteuerländer“ mittels Konzernverrechnungspreisen haben in den letzten Jahren zugenommen. Eine ungewöhnlich große Anzahl der in Deutschland ansässigen multinationalen Großbetriebe zahlt an den deutschen Fiskus keinerlei Ertragssteuern“. (1)

Zwischen 30 und 50% des Welthandels entfallen auf Lieferungen innerhalb der Großkonzerne. Wenn ein Multi aus einem Land mit niedrigeren Steuersätzen an eine deutsche Tochter liefert, werden die konzerninternen Preise, zu denen der Verkauf verrechnet wird (Verrechnungspreise) möglichst hoch angesetzt. So fällt beim Verkauf in Deutschland möglichst wenig Gewinn an. In vielen Fällen sind die Preise so hoch, daß bei den deutschen Töchtern ->Verluste anfallen. (2)

Da es für viele der verrechneten Leistungen kaum vergleichbare Marktpreise gibt, ist den Steuerfluchtpreisen Tür und Tor geöffnet.

Welche Ausmaße das Ganze hat, zeigt sich daran, daß das japanische Finanzministerium 1994 wegen überhöhter Verrechnungspreise von 60 Konzernen 2 Mrd. Dollar Steuern nachforderte. (3)

### Quellen:

1. Aus der Werbeanzeige des Beck-Verlags für das Buch von Kuckhoff und Schreiber, Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung
2. Harald Kuckhoff/Rolf Schreiber, Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung, München 1997 nach Spiegel 33/ 1997, S. 24
3. nach Hans-Peter Martin, Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Reinbek 1996, S. 273

## Steuerhinterziehung durch Schwarzgeldgeschäfte

Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt, daß 360 Mrd. DM durch Schattenwirtschaft und Wirtschaftskriminalität eingenommen, aber nicht versteuert werden. (1) Hier werden Umsätze mitsamt der darin enthaltenen Gewinne nicht angegeben. Geld wird „schwarz“ d.h. ohne Versteuerung erwirtschaftet. (2)

**Steuerausfall: 100-150 Mrd. DM**

### Quellen:

1. isw, Der Steuer-Skandal, S. 20
2. Wie Schwarzgeld entsteht, untergebracht wird, aufgedeckt und legalisiert werden kann, zeigt Klaus Kottke für 78 DM (steuerlich absetzbar) in seinem „Praxis-Ratgeber“, Schwarzgeld - Was tun?, Freiburg 1997

## Betriebsprüfungen

*„7.000 neue Betriebsprüfer brächten mit dem damit verbundenen Abschreckungseffekt über 30 Milliarden Mark Einnahmen,“* so Dieter Ondracek, der Chef der Deutschen Steuergewerkschaft, der Gewerkschaft der Finanzbeamten. (1)

Nach Angaben der Deutschen Steuergewerkschaft wurden 1995 Großbetriebe alle 5,4 Jahre geprüft (in Hessen alle 5,7 Jahre), Mittelbetriebe alle 14,5 Jahre und Klein- und Kleinstbetriebe alle 63,1 Jahre. (2) Das bedeutet, daß bei der Steuerprüfung der Großbetrieben im Durchschnitt jeweils nur ein Zeitraum von über fünf Jahren geprüft werden kann.

### **Forderung:**

Jährliche Betriebsprüfungen bei Großbetrieben!

### **Quellen:**

1. Die Woche 22.3.1996
2. Stellungnahme der Deutschen Steuergewerkschaft zum Entwurf eines Steuerreformgesetzes (Bundestags-Drucksache 13/7480)

## 2 Abschreibungen

Investitionen werden über einen bestimmten Zeitraum abgeschrieben. Die Abschreibungen sollen den realen Wertverlust der Maschinen, Anlagen und Gebäude anzeigen. Eine bestimmte Summe, die nach Auffassung des Unternehmens dem Wertverlust entspricht, eben die Abschreibung, wird als Aufwand vom Gewinn abgezogen. Die zu versteuernden Gewinne werden also um die Abschreibungen vermindert.

1995 schrieben 60.000 Kapitalgesellschaften des Produzierenden Gewerbes, des Handels und des Verkehrs Sachanlagen für 167 Mrd. DM ab, investierten aber nur 159 Mrd. DM. Die Abschreibungen übertrafen ihre Investitionen. (1)

Ihr Sachanlagevermögen war sogar von 801 Mrd. DM im Jahre 1992 auf 774 Mrd. DM im Jahre 1995 gefallen. Und das trotz Investitionen insgesamt in Höhe von 650 Mrd. DM im gleichen Zeitraum.

Die Abschreibungen betragen 21,6% des Sachanlagebestandes. Im Durchschnitt wird also in weniger als fünf Jahren das gesamte Sachanlagevermögen abgeschrieben. Das spiegelt einerseits die rasche Entwertung der Produktionsmittel durch den technischen Fortschritt wieder, andererseits werden hier in erheblichem Umfang Gewinne durch überhöhte Abschreibungen versteckt.

### Quelle:

1. Monatsberichte Deutsche Bundesbank 1 1/1 996, S. 41

### Degressive Abschreibung

Unternehmen können bei Maschinen, anderen Sachanlagen und Gebäuden zwischen **linearer** >Abschreibung und **degressiver** Abschreibung wählen. Der Höchstbetrag der degressiven Abschreibung beträgt das Dreifache der linearen Sätze und maximal 30%. Statt eines jährlich gleichmäßigen (linearen) Verschleißes von Sachanlagen wird dabei ein Verschleiß unterstellt, der in den ersten Jahren nach der Anschaffung besonders hoch ist und dann abnimmt. Das nennt man degressive (=abnehmende) Abschreibung.

### Forderung:

Abschaffung der degressiven Abschreibung.

Sie „ist in den USA kaum bekannt“. (2) Die degressive Abschreibung entspricht nicht den realen Verschleißbedingungen.

### Steuernehreinnahmen: 15 Milliarden DM

Die Abschaffung der degressiven Abschreibung für „bewegliche“ wie für „unbewegliche Wirtschaftsgüter“ würde mit jeweils 7,5 Mrd. DM zu Buche schlagen. (3)

Schon eine Senkung der Obergrenze der degressiven Abschreibung bei beweglichen Wirtschaftsgütern (d.h. allen Investitionen außer Gebäuden) um nur 5 Prozentpunkte mit einer Obergrenze bei 20% jährlich würde laut Bundesregierung 4,5 Milliarden DM mehr

erbringen. (1)

Arbeitnehmer können ihr „Anlagevermögen“ in Wohnungseinrichtungen bzw. Auto überhaupt nicht abschreiben, weder linear noch degressiv.

#### Quellen:

1. Fraktionen der CDU/CSU und FDP, Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1999 DR 13/7480 vom 22.04.1997, S. 169
2. René Klaus Grosjean, Wie lese ich eine Bilanz, Düsseldorf 1997, S. 258
3. Für eine soziale und gerechte Einkommenssteuer, Beschluß der Bundestagsgruppe der PDS vom 22.4.1997, S. 8

### Abschreibungen - Abschreibungszeiträume

Wenn die durchschnittliche Gebrauchsdauer einer Investition mit fünf statt mit zehn Jahren angegeben wird, steigt der lineare Abschreibungssatz von zehn auf zwanzig Prozent.

Viele Sachanlagen sind mit Abschreibungszeiträumen bewertet, die überhaupt nicht dem realen Verschleiß entsprechen.

Beispiele:

\* **Betriebsgebäude** können linear mit 4% jährlich abgeschrieben werden. In 25 Jahren sollen sie also abbruchreif sein. Tatsächlich aber überdauern sie ohne Mühe 50 Jahre.

Steuernehreinnahmen bei einer Senkung des Abschreibungssatzes auf 2% jährlich: 2,5 Milliarden DM (1)

\* **Geschäftswagen** können innerhalb von 5 Jahren abgeschrieben werden, obwohl sie mit Sicherheit zehn Jahre überdauern.

Steuernehreinnahmen bei einer Erhöhung auf zehn Jahre: 3 Mrd. DM (2)

**Forderung:**

Keine fiktiven, sondern reale Abschreibungszeiträume!

Quellen:

1. Für eine soziale und gerechte Einkommenssteuer, Beschluß der Bundestagsgruppe der PDS vom 22.4.1997, S. 8
2. Klartext, Die Absahner - Steuerprivilegien für die Reichen in Deutschland, Frankfurt 1993, S. 40

## Sonderabschreibungen

Über die „normale“ degressive Abschreibung hinaus (Maximum: 30% in einem Jahr) gibt es Sonderabschreibungen.

### Sonderabschreibungen innerhalb eines Betriebs

Jedes Unternehmen kann Sonderabschreibungen vornehmen, wenn es Wertverluste höher bewertet als die offiziellen Richtlinien zulassen (Bewertungsfreiheit).

Wenn ein Unternehmen auf zeitlich unbegrenzte Sachanlagevermögen oder Vorratsvermögen Sonderabschreibungen vorgenommen hat und die Gründe dafür wegfallen, können sogar die dann zu niedrigen Wertansätze beibehalten werden.

**Steuersubvention** allein dafür: 5 Mrd. DM (1)

### Sonderabschreibung auf Ost-Immobilien und Schiffe

Bis 31.12.1996 waren Sonderabschreibungen von 50% innerhalb eines Jahres bei Investitionen in Gewerbe- und Wohnimmobilien in Ostdeutschland möglich („Jahrhundertgeschenk“-WiWo 24.10.1996)

**Steuerausfall 1996:** 9,3 Mrd. DM.

Seit 1.1.1997 gelten niedrigere Sätze: 40% für die Sanierung vermieteter Altbauten, 25% für vermietete Neubauten, 20% für Büros.

Wenn die Abschreibungsinvestitionen mit Krediten finanziert werden, werden die Zinsen vom zu versteuernden Einkommen abgezogen.

Wenn sie Verluste abwerfen, werden auch diese auf den Steuerzahler abgewälzt.

Ebenfalls bis Ende 1996 waren Sonderabschreibungen für Schiffsneubauten von 40% möglich.

### Abschreibungsgesellschaften

vermitteln über besondere Fonds sogenannte Verlustzuweisungen. Ein Anleger, der 1 Mio. DM einschießt, kann dann je nach Fond bis zu 2 Mio. DM, also das doppelte des eingeschossenen Kapitals steuerlich absetzen. Verlustzuweisungen bis zu 200% sind im „Sozialen Wohnungsbau“ möglich oder bei Fonds, die Kläranlagen, Straßenbetriebshöfe usw. bauen. (2)

„Das Eigenkapital läßt sich locker aus der Steuerersparnis finanzieren“.(3) Jeder Unsinn wird verbaut, Hauptsache Steuerersparnis. 1997 betrug das Investitionsvolumen für Abschreibungsobjekte 23,1 Mrd. DM (gegenüber 5,4 Mrd. DM in 1992). (4)

**Steuerausfälle** für 1998 aufgrund von Abschreibungsobjekten: 25 Mrd. DM (5)

### Forderungen:

Abschaffung von Sonderabschreibungen

Schließung von Abschreibungsgesellschaften

## Quellen:

1. Steuerreform-Kommission vom 22.1.1997, Sozialpol. Umschau 4/ 97, S. 13, 40
2. Beispiele in Wirtschaftswoche 24.10.1996 S. 209-211
3. Wirtschaftswoche 23.2.1995
4. Der Spiegel 46/ 1997, S. 36
5. Der Spiegel 46/ 1997, S. 48

## Überkapazitäten durch Abschreibungen

### z.B. Produktion von überflüssigem Büroraum

#### - Abschreibungen auf Büroleerstände

In Frankfurt sind Büroleerstände von 880.000 m<sup>2</sup> aufgebaut worden. Das entspricht der 14fachen Bürofläche des Messeturms, des höchsten Bürogebäudes in Europa.

Die Leerstände werden steuerlich abgeschrieben.

Die in den Sand gesetzten Investitionskosten werden abgeschrieben (mit 4% jährlich), ebenso die entgangenen Mieteinnahmen (z.B. 30 DM pro leerstehendem Quadratmeter) sowie die Schuldzinsen für aufgenommene Kredite.

Für 1 Mio. m<sup>2</sup> Büroleerstände können ohne weiteres 800 Mio. DM steuerlich abgeschrieben werden.

**Steuerausfall** pro 1 Million m<sup>2</sup> Leerstand: 300 Mio. DM

Banken und Konzerne fällen privat völlig unwirtschaftliche Entscheidungen, für sie die Gesellschaft zahlen lassen.

#### - Steuerliche Förderung von Büroraum- und Gewerberuinen Ost

In Leipzig stehen 700.000 m<sup>2</sup> Bürofläche leer (35% des Bestandes). (1)

Das Kapital für die Produktion der Büroruinen wurde zu einem bedeutenden Teil über Sonderabschreibungen aufgebracht.

Nicht zuletzt aufgrund der steuerlichen Begünstigung des Baus von Überkapazitäten aller Art ist die veranlagte Einkommenssteuer 1997 auf einen Restbetrag von 4,5 Mrd. DM gesunken (1992 noch 41,5 Mrd. DM). (2)

## Quellen:

1. Der Spiegel 46/ 1997, S. 44
2. Frankfurter Rundschau 23.10.1997

## Wertberichtigungen

### ... auf Auslandsforderungen der Banken

Finanzminister Waigel forderte schärfere Prüfungen von >Wertberichtigungen der Banken auf >Auslandsforderungen: „Damit würde dem Ruin der Länderhaushalte ganz entscheidend begegnet werden,“ sagte er in einer Bundesratsdebatte zur Steuerreform. (3)

Ende 1996 betrugen z.B. die Auslandsforderungen der inländischen Kreditinstitute insgesamt etwa 1.000 Mrd. DM.

Darunter z.B. Forderungen gegenüber

\* Entwicklungsländern 176 Mrd. DM

\* Rußland                      48 Mrd. DM  
(1)

Viele Forderungen sind unwiderbringlich verloren und waren es schon von Anfang an. Es ist aber ein bedeutender Unterschied, ob z.B. 50% oder 80% der Forderungen an Rußland abgeschrieben werden können. Es ist der Unterschied zwischen 24 Mrd. und 38 Mrd. DM. Die Steuerausfälle auf die Differenz von 14 Mrd. DM sind enorm.

Die Banken wollen Wertberichtigungen in möglichst großer Höhe vornehmen. Die Commerzbank hat z.B. - völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit - Steuernachforderungen von 450 Mio. DM für die Zeit von 1984 bis 1994 bezahlt. (2) Sie hatte völlig überzogene Wertberichtigungen vorgenommen, die z.T. mehr als 100% der ausstehenden Forderungen ausmachten.

Niemand weiß, wie hoch der Gesamtumfang der Wertberichtigungen und die damit verbundenen Steuerausfälle sind. Es könnten viele Dutzende von Milliarden DM sein.

#### Quellen:

1. Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik August 1997, S. 68
2. Frankfurter Rundschau 17.6.1997
3. Frankfurter Rundschau 8.10.1997

## Wertberichtigungen ... auf Forderungen der Unternehmen

Ende 1996 betragen diese Forderungen insgesamt 441 Mrd. DM (1) darunter 82 Mrd. DM an Kunden in Osteuropa und in Entwicklungsländern. je mehr riskante *Geschäfte* getätigt werden, desto mehr Steuerausfälle fallen für die Verluste an.

Natürlich werden auch Wertberichtigungen auf Inlandsforderungen vorgenommen.

\* Wenn z.B. Waren geliefert, aber nicht bezahlt werden,

\* wenn z.B. Kredite als verloren eingeschätzt werden usw.

Die Kredite der Banken an inländische Unternehmen und Privatpersonen beliefen sich Ende 1996 auf 3.400 Mrd. DM. (2)

Der Gesamtumfang der auf den Steuerzahler abgewälzten Verluste aus windigen *Geschäften* ist unbekannt. Es sind viele Milliarden.

Interessant ist die Frage, ob Banken auch schon Kredite wertberichtigen, die sie an die öffentliche Hand in Deutschland gegeben haben und sie damit teilweise als verloren einschätzen.

### Quellen:

1. Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik August 1997, S. 94
2. Monatsberichte Deutsche Bundesbank, September 1997, S. 28\*

## 3 Rückstellungen

Insgesamt belaufen sich 1995 die Rückstellungen allein der Unternehmen aus produzierendem Gewerbe, Handel und Verkehr auf 678,5 Mrd. DM. (1) Zum Vergleich: das Sachanlagevermögen aller dieser Unternehmen belief sich 1995 auf 774 Mrd. DM. (2) Die Rückstellungen haben international „*einsame Höhen*“ erreicht. (3) „Reserven können in US-Bilanzen ... (über Rückstellungen d.V.) praktisch nicht angesammelt werden“. (4) „*Das Bilden von Rückstellungen, Wertberichtigungen u.ä. in den Jahren mit hohen Gewinnsteuern und das Auflösen dieser Werte in den Jahren mit niedrigen Gewinnsteuern führt zu Milliarden von Steuerausfällen*“. (5)

Die Rückstellungen gliedern sich auf in: >Risikorückstellungen, > Pensionsrückstellungen und >Sonderposten mit Rücklageanteil. Rückstellungen sind zinslose Steuerkredite. Sie werden angelegt und bringen Zinsen. Sie vermehren sich unter Einschluß der Zinsen. So kann es kommen, daß die Zinseinkünfte aus langfristigen Rückstellungen z.B. für Altlasten oder Entsorgung der Atomindustrie den Wert der zu erfüllenden Verpflichtung übersteigen. (2) Rückstellungen müßten mindestens abgezinst werden d.h. um die Zinsen vermindert werden. Das würde den zu versteuernden Gewinn erhöhen. „Abgezinst“ wird aber nur bei Pensionsrückstellungen.

### Forderung:

„Abzinsungsgebot“ bei Rückstellungen  
Steuernehreinnahmen: 3.063 Mrd. DM (6)

### Quellen:

1. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 11/1996, S. 44
2. DGB, Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 1/1997, S. 14
3. Groh, ein Richter des Bundesfinanzhofs, in: Der Betrieb 93 Nr. 1833
4. René Klaus Grosjean, Wie lese ich eine Bilanz, Düsseldorf 1997, S. 259
5. Deutsche Steuergewerkschaft, Stellungnahme zum Entwurf eines Steuerreformgesetzes, S. 3 (Bundestags-Drucksache 13/7480)
6. SPD Steuer- und Abgabenreform 1997/8, Bonn 26. Mai 1997 S. 13

## Risikorückstellungen

### Kein Risiko

„*Wichtigstes Instrument zur steuerwirksamen Gewinnminderung der Unternehmen sind die steuerfreien Rückstellungen und hier im besonderen die Rückstellungen für „ungewisse Verbindlichkeiten“ und „drohende Verluste“ ... Sie sind eine spezifische Großzügigkeit des deutschen Steuerrechts. Den Vorteil haben eindeutig die großen und finanzstarken Kapitalgesellschaften, die ihre Bankkredite auf eine belanglose Größenordnung zurückführen ... können*“. (1)

Gewinne können nur versteuert werden, wenn sie tatsächlich anfallen. Verluste können aber

schon geltend gemacht werden, wenn es sie noch gar nicht gibt, wenn es nur das vorhersehbare Risiko eines Verlustes gibt.

### **Umfang der Subventionen:**

Die 400 Mrd. DM als Risikorückstellung zurückgelegten Gewinne werden angelegt und werfen Zinsen ab oder ersparen die Aufnahme von Krediten. Bei 6% Zinsen wären das rd. 24 Mrd. DM.

Die Rückstellungen vermindern sich **nicht** um die Zinserträge (Abzinsungsgebot). Rückstellungen können in Jahren geringer Gewinne aufgelöst werden, wenn niedrigere Steuersätze anfallen.

### **Volles Risiko**

\* ArbeitnehmerInnen können für drohende Einkommensverluste (z.B. durch Arbeitslosigkeit, durch Kindererziehungszeiten) oder für unvorsehbare Reparaturen (Fernseher, Waschmaschine usw.) bzw. ungewisse Verbindlichkeiten (vermutete Nichtrückzahlung von Schulden usw.) keine steuerfreien Rückstellungen bilden.

Bei Arbeitslosen kassiert das Sozialamt alles Geldvermögen über 2.500 DM bzw. bei einer Familie mit zwei Kindern alles über 4.700 DM. Hier gibt es keine Risikorückstellungen.

### **Forderung:**

#### **Abschaffung der Risikorückstellungen!**

Mindereinnahmen dürfen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie tatsächlich anfallen.

Mit dem Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform vom 5.8.1997 sind „Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften“ ab dem Wirtschaftsjahr 1997 nicht mehr erlaubt. Rückstellungen, die Ende 1996 zulässigerweise gebildet wurden, müssen in den nächsten sechs Jahren aufgelöst werden (§ 5, Abs. 4a und § 52, Abs. 6 Einkommenssteuergesetz).

### **Fünf Milliarden mehr bei Rückstellungen**

Da die Verluste nur auf einer Bewertung eines einzelnen Geschäfts beruhen, nicht aber aus einer Bewertung der Gesamtlage, konnten Rückstellungen für mögliche Verluste gebildet werden, auch wenn ein Unternehmen insgesamt satte Gewinne machte.

Es konnten auch Rückstellungen für Verluste aus Arbeitsverhältnissen (z.B. drohende Abfindungen usw.) oder Mietverhältnissen (drohende Mietschulden usw.) gebildet werden.

Wenn diese Posten korrigiert bzw. abgeschafft werden, werden 5 Mrd. DM mehr in die Kassen fließen. (2)

11 Milliarden können nach Meinung der SPD durch Auflösung von Rückstellungen erzielt werden. (3)

### **Quellen:**

1. Stefan Welzk in: Schui, Spoo, Geld ist genug da, Heilbronn 1996, S. 32f.

2. Reform der Einkommensbesteuerung - Vorschläge der Steuerreformkommission der Bundesregierung vom 22.1.1997, Sozialpolitische Umschau 4/ 1997, S.41
3. SPD, Steuer- und Abgabenreform 1997/8, Bonn 26. Mai 1997

## **Pensionsrückstellungen**

Die Pensionsrückstellungen der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Handels und Verkehrs belaufen sich auf zusammen 278 Mrd. DM. (1)

Die tatsächlichen Pensionszahlungen sind nur ein Bruchteil dieses Betrages.

*„Pensionsrückstellungen werden im Hinblick auf spätere Zahlungsverpflichtungen aus Pensionen ... gebildet und verbleiben insofern lange im Unternehmen. ...*

***Die laufenden Pensionen werden nämlich aus den laufenden Erträgen bestritten.**“ (2)*

Pensionsrückstellungen dienen nicht der Finanzierung von Pensionen, sondern der steuerfreien Bildung eines Kapitalüberschusses, der wiederum angelegt werden kann.

Bei ArbeitnehmerInnen dagegen werden auf einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge sogar noch Steuern erhoben. Zusätzliche Altersvorsorge wird nicht steuerlich berücksichtigt, sondern muß aus versteuertem Einkommen finanziert werden.

### **Forderungen:**

Bezahlung der Pensionen aus den Pensionsrückstellungen.

Reduzierung der Pensionsrückstellungen auf eine angemessene Reserve!

### **Quellen:**

1. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/1996
2. René Klaus Grosjean, Wie lese ich eine Bilanz, Düsseldorf 1997, S. 55.

## **Rückstellungen der Stromkonzerne**

Die Stromkonzerne haben nach Angaben der Vereinigung der Deutschen Elektrizitätswerke (VDEW) in ihren Bilanzen 54 Mrd. DM für die Stilllegung und Entsorgung von Kernkraftwerken steuerfrei zurückgestellt. Vielleicht sogar noch viel mehr. (1)

Rückgestellt wird für den Bau und die Betriebskosten eines Endlagers im Jahre 2035! Rückgestellt wurden 25 Mrd. DM für Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennstäben usw. Die Wiederaufbereitungsanlage wird aber gar nicht gebaut.

Pro kWh Atomstrom stellen die Stromkonzerne 4,5 Pfennig für die Entsorgung zurück, obwohl die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke nur von 1,39 Pfennig Entsorgungskosten pro kWh ausgeht. (2)

Bei einem Zinssatz von nur 5,5% wurden (nach Steuern) auf 50 Mrd. DM fast 2 Mrd. DM Zinsen jährlich erwirtschaftet.

Der Staat umgekehrt füllt die durch absurde Profitsubventionen gerissenen Haushaltslöcher mit Krediten auf, für die er Zinsen zahlt, nicht kassiert!

*„Daß die Polster der Versorger zu üppig dotiert sind, wird hinter vorgehaltener Hand auch in der Industrie längst eingeräumt“.*(3)

#### **Forderung:**

\* Auflösung mindestens von zwei Dritteln der Rückstellungen  
d.h. Versteuerung von 36 Mrd. DM Rückstellungen

**Mehreinnahmen:** 16,2 Mrd. DM (bei 45% Steuersatz)

#### **Quellen:**

1. Wirtschaftswoche 24.4.1997
2. Frankfurter Rundschau 13.5.1997
3. Wirtschaftswoche 26.6.1997, S. 19

#### **Sonderposten mit Rücklagenanteil**

Im wesentlichen handelt es sich hier um Rücklagen, die aus dem Verkauf von Anlagegütern gespeist werden, die zu Preisen verkauft werden, die über dem Buchwert liegen. Normalerweise wäre diese Auflösung stiller Reserven als Veräußerungsgewinn zu versteuern.

*„Sofern diese aufgelöste stille Reserve später aber auf neu angeschaffte Anlagegüter übertragen wird, also in dieser Höhe den Anschaffungspreis mindert, bleibt der Gewinn steuerfrei. Der Austausch des alten ... Anlagegegenstandes gegen ein neues, gleichartiges Anlagegut wird steuerlich so behandelt, wie wenn er nicht stattgefunden hätte.“* (1)

Sonderposten mit Rücklageanteil sind eine wichtige steuerfreie Quelle für Investitionen.

#### **Quelle:**

1. René Klaus Grosjean, Wie lese ich eine Bilanz, Düsseldorf 1997, S. 51

## 4 Andere Möglichkeiten

### Betriebsausgaben für private Lebensführung

Ein großer Teil der privaten Lebensführung der leitenden Damen und Herren wird als Betriebsausgabe geführt und vermindert die zu versteuernden Gewinne.

*„Freiberufler und Selbständige haben nach wie vor die Möglichkeit -zwar illegal, aber kaum kontrollierbar -, private Aufwendungen steuermindernd in den betrieblichen Bereich zu verlagern“.* (1) Natürlich nicht nur die, sondern auch die Manager der Banken und Konzerne.

*„Die Deklaration des privaten Essens, der privaten Reise, des Privat PKW, der privaten Haushaltshilfe als Betriebsausgaben ist an der Tagesordnung,“* so Minister Blüm. (2) Und natürlich auch der privaten Telefonkosten.

#### \* **Bewirtungskosten**

*„Viele Manager laden sich reihum ins Restaurant ein - auch wenn die Geschäftsbeziehung eher lose ist“.* (3)

80% der Rechnung können als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Man muß nur alle Speisen und Getränke einzeln auflisten.

#### \* **Geschäftswagen**

Bei Geschäftswagen wurde die Besteuerung der privaten Nutzung ab 1.1.1996 geändert. Ab einem Listenpreis von 52.000 DM führt das zu höheren Steuern, so daß sich der Kauf von 100.000 DM-Nobelkarossen auf Staatskosten *„unterm Strich nicht mehr so schön rechnet“* wie vorher. (4)

#### \* **Reisen**

Nachwievor haben 2/3 der Top-Manager und die Hälfte des mittleren Managements bei Übernachtungen und Reisekosten keine betriebsinternen Höchstgrenzen zu beachten (5), erst recht natürlich keine steuerlichen Höchstgrenzen. First-Class-Flüge und 2.000 DM pro Tag für eine Übernachtung sind bei aller internen Beschneidung von Reisekosten durch die Unternehmen nachwievor steuerlich absetzbar.

Klartext e.V. schätzte die Steuerhinterziehung durch die Luxussubventionierung von Bewirtungskosten, Geschäftswagen und Geschäftsreisen schon für 1993 auf über 20 Mrd. DM. (6)

#### **Forderungen:**

Keine steuerliche Absatzbarkeit von Bewirtungskosten!

Senkung des Abschreibungssatzes von Geschäftswagen von 20% auf 10% jährlich!

Keine Absetzbarkeit von Luxuswagen, Luxusflügen und Luxushotelkosten als Betriebsausgabe!

## Quellen:

1. Wirtschaftswoche 19.9.1996, S. 159
2. Frankfurter Rundschau vom 22.6.1993
3. Wirtschaftswoche 28.3.1996, S. 137
4. ADAC-Mitteilungen, Febr. 1996, S. 63
5. Wirtschaftswoche 25.4.1996, S. 141
6. Klartext, Die Absahner - sie genießen - wir zahlen, Frankfurt November 1993, S. 41

## Schuldzinsen

Schuldzinsen können steuerlich abgesetzt werden.

Ende 1996 hatten inländische Unternehmen und Selbständige insgesamt für 3.175 Mrd. DM Kredite aufgenommen. (1)

Allein bei Produktionsunternehmen standen 2.522 Mrd. DM Kredite bei Banken und sonstigen Kreditgebern in den Büchern. (2) Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von etwa 6,5% (3) wären darauf 164 Mrd. DM an Zinsen angefallen.

## Steuerbefreiungen:

Rd. 50 Mrd. DM (bei 30% Steuern)

Man kann aus den Unternehmen Gewinne für private Zwecke entnehmen („entnommene Gewinne“) und gleichzeitig für betriebliche Zwecke Kredite aufnehmen, deren Schuldzinsen steuerlich absetzbar sind. *„Also ist der betriebliche Charakter von Schulden auch dann anzuerkennen, wenn der Steuerpflichtige zunächst Barmittel dem Betrieb entnimmt und im Anschluß hieran betriebliche Aufwendungen durch Darlehen finanziert“*. (4)

*„Ein Steuerberater zu BILD: Kredit auf die Firma aufnehmen. Das spart Steuern im Unternehmen (Zinsen sind Kosten). Mit dem Geld als Sicherheit Kunst kaufen. Die Kunst ein paar Jahre liegen lassen. Dann mit hohem Gewinn wieder verkaufen. Der Gewinn ist steuerfrei. Und mit dem Gewinn wird der Kredit leicht gedeckt.“* (5) So kann man private Reisen, Autos, Villen usw. finanzieren, indem man Gewinne entnimmt und gleichzeitig für betriebliche Zwecke Kredite aufnimmt. 1996 haben private Haushalte ihren Unternehmen 748 Mrd. DM an Gewinnen und Vermögenserträgen für private Zwecke entnommen. (6)

## Quellen:

1. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1997, S. 28\*. 29\*
2. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1997, S. 29
3. ebda.S.45\*
4. Urteil des Bundesfinanzhofs November 1995, Handelsblatt 28.11.1995
5. BILD 25.1.1997.
6. Statistisches Taschenbuch 1997 Tab. 1.11

## **Verlustübertragung**

### **Verlustvortrag und Verlustrücktrag**

Die in den Bilanzen ausgewiesenen Verluste belaufen sich auf insgesamt 250 Mrd. DM. (1) Allein Daimler Benz hat 16,5 Mrd. DM gespeichert. Verluste können in Form von Verlustvorträgen und Verlustrückträgen mit Gewinnen verrechnet werden.

Beim Verlustrücktrag können Verluste zwei Jahre rückwirkend mit vergangenen Gewinnen mit maximal 10 Mio. DM verrechnet werden.

Bei Verlustvorträgen können Verluste zeitlich unbegrenzt mit zukünftigen Gewinnen verrechnet werden.

Unternehmen können mitsamt ihrer Verluste von anderen Unternehmen übernommen werden. Die neuen Inhaber können dann die Verluste des gekauften Betriebs von ihren eigenen Gewinnen abziehen.

### **Verluste privat tragen**

ArbeitnehmerInnen können Einkommensverluste (z.B. durch Lohnsenkungen, Arbeitslosigkeit, Defizite durch Schulden wegen Anschaffungen usw.) überhaupt nicht steuerlich von ihrem zukünftigen Lohn absetzen. Dasselbe muß auch für Kapitalbesitzer gelten. Sie sollen das Risiko von Verlusten selbst tragen. Verluste können z.B. auch durch falsche Entscheidungen, private Bereicherungsinteressen usw. entstehen. Es gibt keinen Grund, sie der Gesellschaft aufzubürden.

### **Forderungen:**

#### **Streichung von Verlustrückträgen**

Mehreinnahmen: 500 Mio. DM (2)

#### **Streichung von Verlustvorträgen**

Mehreinnahmen: 75-100 Mrd. DM

### **Quellen:**

(1) Frankfurter Rundschau 24.6.1997 (2) SPD Steuer- und Abgabenreform 1997/8, Bonn 26. Mai 1997

## **Verluste aus Vermietung und Verpachtung**

Nach Berechnungen des Verbandes deutscher Hypothekenbanken betragen die Verluste aus Vermietung und Verpachtung im freifinanzierten Wohnungsbau 1993 zusammen 185 Mrd. DM. (1)

Sie kamen vor allem durch Zinsen zustande, die etwa 150% der Mieteinnahmen ausmachten.

Die Verluste wurden vom zu versteuernden Einkommen abgezogen, so daß je nach Steuersatz Steuerausfälle von vielen Milliarden sich in privates Immobilienvermögen verwandeln (bei 30% Steuersatz: 55 Mrd. DM).

**Quelle:** Stellungnahme zum Entwurf des Steuerreformgesetzes vom 7.5.1997

## 5 Investitionen

Die Senkung der Gewinnsteuern (und die Senkung von Löhnen) wird damit begründet, daß Unternehmen Geld für Investitionen brauchen, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Seit der Krise 1980-82 gibt es einen spürbaren Rückgang der Gewinnsteuern. Das hat den Rückgang der Investitionsquoten nicht verhindert. Im Gegenteil: je mehr die Gewinnsteuern sanken, desto niedriger wurden die Investitionen! Die Investitionen sind heute real niedriger als vor 35 Jahren. Steuersenkungen haben ausschließlich die Profite und damit die ->Profitraten subventioniert.

### Wachstum der realen (d.h. preisbereinigten) Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt (1)

1953 - 1959 11%

1960 - 1981 4,2%

1982 - 1995 1 %

### Neuzugang an >Nettoinvestitionen im Produzierenden Gewerbe in Preisen von 1991 (2,3)

|      | in Ausrüstungen in Bauten |              | zusammen      |
|------|---------------------------|--------------|---------------|
| 1960 | 46,9 Mrd. DM              | 29,8 Mrd. DM | 76,7 Mrd. DM  |
| 1970 | 86,8 Mrd. DM              | 32,2 Mrd. DM | 129,0 Mrd. DM |
| 1980 | 85,8 Mrd. DM              | 30,2 Mrd. DM | 116,0 Mrd. DM |
| 1994 | 80,4 Mrd. DM              | 27,7 Mrd. DM | 108,1 Mrd. DM |
| 1995 |                           |              | 93,1 Mrd. DM  |
| 1996 |                           |              | 69,1 Mrd. DM  |

### Quellen:

1. Stellungnahme des DGB zum Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1999, Bonn 14. Mai 1997, S. 13, Angaben der Dresdner Bank; eigene Berechnung)
2. 1960 bis 1994: Sachverständigenrat Jahresgutachten 1995/6, Stuttgart 1995, S. 395.
3. 1995 und 1996: bezogen auf alle Produktionsunternehmen, Monatsberichte Deutsche Bundesbank Mai 1997, S. 25, S. 66\* eigene Berechnung

## Investitionen und Abschreibungen

Die Investitionen des Produzierenden Gewerbes entsprechen heute überwiegend den Abschreibungen für vergangene Investitionen. Investitionen sind also faktisch weitgehend steuerfrei.

|      | >Produktionsunternehmen (1) |                |
|------|-----------------------------|----------------|
|      | Bruttoinvestitionen         | Abschreibungen |
|      | n                           |                |
| 1996 | 391,6 Mrd. DM               | 318,2 Mrd. DM  |

81,3% der Investitionen der Produktionsunternehmen werden aus Abschreibungen finanziert, in der Gesamtwirtschaft 2/3. (2)

Der Rest wird durch staatliche Subventionen und, sofern noch eine Differenz übrigbleibt, aus nicht entnommenen Gewinnen finanziert. Es sind keine zusätzlichen Mittel aus Steuersenkungen für Investitionen notwendig.

Als Investitionen werden auch Übernahmen von Firmen gerechnet, bei denen nur bestehende Sachanlagen anderer Firmen gekauft werden. Als Investitionen werden auch Ausgaben für den Fuhrpark, für die Büroausstattung und für Luxusbauten der Chefetagen gerechnet.

1996 dienten 39% der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes der Rationalisierung, 34% der Kapazitätserweiterung und 27% der Ersatzbeschaffung. (3)

### Quellen:

1. Monatsberichte Bundesbank Mai 1997, S. 25
2. Institut der deutschen Wirtschaft, Zahlen 1997, Tab. 28
3. Institut der deutschen Wirtschaft, Zahlen 1997, Tab. 71

## Investitionen - Arbeitsplätze

Von 1980 bis 1996 wurden in der Verarbeitenden Industrie rd. 1.350 Mrd. DM investiert. (1)

Mit Hilfe dieser Investitionen wurden zwei Millionen Arbeitsplätze vernichtet.

## Beschäftigte in Bergbau und Verarbeitender Industrie (West) in Millionen (2)

|             |     |
|-------------|-----|
| 1950        | 4,8 |
| 1960        | 8,1 |
| 1970        | 8,9 |
| 1980        | 7,7 |
| 1990        | 7,4 |
| 1993        | 6,5 |
| 1996        | 5,9 |
| 1997 (Juli) | 5,7 |

### Quellen:

1. Sachverständigenrat Jahresgutachten 1995/96, Stuttgart 1995, S. 395
2. Institut der deutschen Wirtschaft Zahlen 1990, Zahlen 1993, Zahlen 1997 und Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Oktober 1997, S. 65\*

## Investition - Konsum

In den 80er Jahren wurden den Unternehmen durchschnittlich Gewinne in Höhe von 345 Mrd. DM pro Jahr für privaten Konsum entnommen, von 1990 bis 1996 dagegen durchschnittlich 605 Mrd. DM. (1)

Dazu kommen die Gehälter der 370.000 Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Manager (2) sowie ihre zahlreichen geldverschlingenden Privilegien. Wenn jeder von ihnen jährlich im Durchschnitt 300.000 DM kostet, kommen wir auf eine Summe von 111 Mrd. DM, die in der Bruttolohn- und Gehaltssumme enthalten ist, aber für die leitenden Funktionäre des Kapitals ausgegeben wird.

### Quellen:

1. Statistisches Taschenbuch 1997, Tab. 1.11
2. Klartext, Die Absahner, Steuerprivilegien für die Reichen in Deutschland, Frankfurt 1995, S. 42